

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Donnerstag, den 23. Oktober 1884.

Nr. 497.

Deutschland.

Berlin, 22. Oktober. Die "Germania" fährt fort, die Geschäfte des Herzogs von Cumberland bezüglich der Erbfolge derselben in dem erledigten Herzogthum Braunschweig zu besorgen. Die Furcht, daß die Thronbesteigung des entschiedensten Gegners der durch die Ereignisse von 1866 und von 1870—71 in Deutschland umgeschafften Verhältnisse eine Gefährdung des deutschen Reiches zur Folge haben könnte, bezeichnet das ultramontane Blatt als eine "pharisäische Heuchelei", auf welche nur das Wort paßt: "Sand in die Augen!" Uns schünen vielmehr Diejenigen bereits erheblich Sand in den Augen zu haben, die, wie es die "Germania" thut, der öffentlichen Meinung vorzureden suchen, der Herzog von Cumberland werde, als anerkannter Reichsfürst an den Grenzen der von ihm als sein rechtmäßiger Besitz angesehenen Provinz Hannover wohnend, nicht mehr Gelegenheit zu welschen Agitationen haben, als in Gmunden und Hietzing. Man braucht sich nur die Besonnenheit zu vergegenwärtigen, mit welcher die ultramontane Presse schon jetzt auf der ganzen Linie für die welschen Bestrebungen in Bezug auf die Erbfolge in Braunschweig Propaganda macht, um eine Vorstellung von den Gefahren zu bekommen, mit welchen die Verwirklichung der von den Welsen im Bild auf dieses Herzogthum gehegten Wünsche den Frieden des Reichs bedrohen würde. Die Auslieferung des Herzogthums Braunschweig an das Oberhaupt der welschen Partei, mit der natürlich auch die Herausgabe des Welfenfonds unmittelbar verbunden sein müßte, würde nur eine Stärkung des Zentrums bedeuten. Der in Braunschweig unter solchen Umständen etablierte neue Hof würde der gegebene Mittelpunkt für alle mit der neuen Gestaltung der deutschen Verhältnisse unzufriedenen und frontirenden Elementen im Reiche werden. Das abstrakte Legitimitätsprinzip, mit welchem die "Germania" für den Herzog von Cumberland eintritt, dessen Sache sie ohne Rücksicht auf die eventuelle Stellung Preußens zu dieser Frage ohne Weiteres zu der Ithigen macht, kann um so weniger erträglich in Betracht kommen, als nach diesem Prinzip für die "Germania" und ihren ultramontanen sowie welschen Anhang der Herzog von Cumberland auch heute noch ihr legitime Herrscher in Hannover ist. Wie enthalten uns vorläufig noch aller Vermuthung über die Stellung, welche die Krone Preußens und die preußische Regierung zu dieser Frage einzunehmen wird, aber wir sind von vornherein gewiß, daß der Eifer, mit welchem sich die ultramontane Partei dieser Frage zu bemächtigen sucht, nicht ohne Einfluß auf diese Stellung bleiben wird.

Aus Hannover, 21. Oktober, wird der "Magdeburg." geschrieben: "Nicht noch als die bevorstehenden Reichstagswahl ist es die braunschweigische Erbfolgefrage, welche jetzt alle Kreise beschäftigt. Darf man auch nach Lage der Dinge eine baldige Lösung dieser Frage nicht erwarten, so verfolgt man doch auf allen Seiten mit der größten Aufmerksamkeit alle darauf bezüglichen Ereignisse. Es bedarf keiner weiteren Ausführung, wie gerade für Hannover die lechte Entscheidung in dieser Angelegenheit von der größten Tragweite ist. Unsere gesammelten Parteiverhältnisse stehen unter dem Einfluß dieser Frage. Bis jetzt hat zwar die welsche Partei sich noch eine ziemliche Reserve aufgerichtet; man scheint erst entscheidende Schritte seitens Preußens zu erwarten, ehe man mit voller Rüstung auf dem Kampfplatz erscheint; vielleicht ist auch das maßgebende Wort am Hofe des Herzogs von Cumberland noch nicht gesprochen. Aber das Organ der Welsen, die "Deutsche Volkszeitung," weiß vollkommen den Ernst der ganzen Lage für ihre Partei zu würdigen. Bereits in der Sonntagsnummer, welche den Tod des Herzogs von Braunschweig angezeigt, fand sich ein aus historischen Daten reproduzierender kleiner Artikel, "die welsche Erbfolge," welcher mit den Worten schloss: „Der Nachkomme Heinrich's des Löwen (der Herzog von Cumberland), der Repräsentant des ältesten Fürstengeschlechts von Europa, steht vor großen Ereignissen. Möge Gott, der die Herzen der Menschen lenkt wie Wasserbäche, dieselben leiten zum Segen des farblichen Hauses und Volkes!“ Deutlicher erklärt sich schon die letzte Nummer der "Deutschen Volkszeitung," selbstverständlich erklärt sie sich für das legitime Erbfolgerecht, nach welchem der Herzog von Cumberland der alleinberechtigte Nachfolger des Herzogs Wilhelm von Braunschweig ist. „Erbrechte können ruhen, aber nicht mit einem Federstrich aus der Welt gebracht werden. Sie leben fort und fort und stehen

— Bleie, dem Reichs-Verfassungsamt aus industriellen Kreisen zugehende Zuschriften um Aufklärung über verschiedene die Unfallversicherung betreffende Fragen müssen unbedingt lediglich zu den Alten genommen werden, weil die eingetragenen unleserlichen Unterschriften enthielten und der Absender auch sonst nicht zu ermitteln war. Im Interesse der Antragenden wird es daher dringend zu ratzen sein, daß Zuschriften, welche auf einen Bescheid rechnen wollen, entweder leserliche Unterschriften tragen oder daß dem Namen des Absenders ein gedruckter Namens oder Firmensiegel beigelegt wird.

— Seit dem Entstehen der Justizorganisation, also seit dem 1. Oktober 1879, sind 126 Landrichter, und zwar 70 zu Oberlandesgerichtsräthen, 53 zu Landgerichtsräthen und 3 zu Ersten Staatsanwälten und dagegen nur 11 Amtsrichter, und zwar 3 zu Oberlandesgerichtsräthen und 8 zu Landgerichtsräthen befördert worden. Dies Mißverhältnis in der Zahl der Bevör-



derungen auf der einen und auf der anderen Seite ist ein ganz auffälliges, wenn man erwägt, daß Landrichter und Amtsrichter die gleiche Qualifikation haben und daß sie vom Gesetz nicht ohne Rücksicht bezüglich ihrer persönlichen Verhältnisse völlig gleich gestellt worden sind. Auch läßt sich nicht annehmen, daß die Zahl der Bewerbungen auf Seiten der Amtsrichter eine so viel geringere gewesen sein wird, um hierin eine Erklärung für das erwähnte Mißverhältnis finden zu können. Daß mehr Landrichter als Amtsrichter befördert wurden, wäre an sich natürlich, weil nach Ausweis der Anciennitätstafeln die Landrichter sich vorzugsweise aus den älteren Beamten zusammensehen und weil erklärlicher Weise bei gleicher Befähigung die älteren Beamten bei Beförderungen den Vorzug haben müssen. Diese Erwähnung ist aber bei Weitem nicht ausreichend, um das Verhältnis von 126 zu 11 irgendwie als angemessen erscheinen zu lassen. Es müssen bei den Beförderungen Rücksicht und Erwägungen maßgebend gewesen sein, und Umstände stattgefunden haben, welche sich der Kenntnis und Beurteilung der Fernstehenden entziehen. Von Interesse aber wäre es, Auflösung darüber zu erhalten.

— "Die Ziele der Reichspolitik" überschreiten die offiziösen "B. V. N. Nachr." eine Art Regierungsprogramm, das wie folgt heißt:

"Friede nach außen, Brüderlichkeit innerlich zwischen dem Reich und seinen Gliedern, zwischen Regierung und Volksvertretung ist das charakteristische Merkmal der erfolgreichen Bismarckischen Politik. Verneinung der Gelegenheit zu lohnender Arbeit für alle Schichten der Bevölkerung ist das Ziel der Wirtschaftspolitik des Reiches; sie strebt nicht nur, durch den Schutz der nationalen Arbeit mittels mäßiger Zölle dem deutschen Gewerbeleben und Landbau den heimischen Markt zu sichern, sondern durch eine kräftige überseeische Politik neue lohnende Absatzquellen zu erschließen. Die Befestigung oder wenigstens Aufrechterhaltung der Fertigkeiten der Arbeitsfähigkeit ist in Folge von Krankheit, Unfällen, Alter und Invalidität ist das Ziel der Sozialpolitik des Reiches; die Fürsorge für die Arbeiter auf diesem Gebiete ist von ihr grundsätzlich als eine öffentliche im Interesse des Gesamtwohls zu erfüllende Pflicht anerkannt und ihre Verwirklichung mit dem Kranken- und Unfallversicherungsgesetz energisch in Angriff genommen. Alle Kräfte der Nation zur geistlichen Entwicklung ihres Erwerbslebens, zur Besserung der Verhältnisse der arbeitenden Bevölkerung, zur Erhaltung eines kräftigen Mittelstandes in Stadt und Land zu sammeln, ist das Ziel der Reichsregierung."

Dies der wesentliche Inhalt des Regierungs-Wahlaufrufs.

— Gestern Nachmittag 1½ Uhr fand unter Vorstoß des Reichskanzlers Fürsten Bismarck eine Sitzung des preußischen Staatsministeriums im Reichskanzlerpalais statt. Die "B. V. N." meinen, man werde wohl nicht fehlgehen, wenn man annimme, daß es sich hierbei vornehmlich um den preußischen Staatsrat gehandelt hat, wobei wohl festgestellt worden sein mag, welche Vorlagen denselben zugehen sollen. Wie die "B. V. N." hören, sollen die Berathungen und Verhandlungen des Staatsrates gehoben gehalten werden.

— In seiner Rede gegen den Antisemitismus sagte der ungarische Ministerpräsident Tisza am Montag im Pestor Abgeordnetenhaus unter Anderem:

"Einer der Herren hat dieser Tage der Freude Ausdruck gegeben, daß man vor einigen Jahren noch den Antisemitismus belächte und nun vor demselben lätere. Nun, die Ursache hierfür ist die, daß wir den Baum an der Frucht erkannten. Diese Frucht zeigt sich in nichts Anderem, als im Einzugsgebiet derjenigen friedlicher Bürger, in der Bebauung ihres Vermögens und in ihrer körperlichen Verlebung einer Pflanze gegenüber, die solche Früchte trägt, kann man sich nicht mehr auf bloßen Lachen beschränken, sondern es erwächst die Pflicht, andere Mittel zu ergreifen. (Lebhafte Zustimmung.) Im vorherigen Jahrhundert gelang es Manchen, durch herabgesetzte dämmere Blätter — ich will keinen stärkeren Ausdruck gebrauchen — in die Annalen der ungarischen Justiz einzuschalten. Den Herren Antisemiten wird es gelingen, ebenso dämmere und betrübende Blätter in das Diarium des ungarischen Abgeordnetenhauses einzufügen. (So ist's rechts.) So wie aber jenes aufhörte und jeder zurücktrat und Christlich denkende Mensch darüber den Stab gebrochen hat, ebenso wird es den Antisemiten in ihrer Thätigkeit ergehen, nur daß ihre Seelen nicht nur ein paar verbrannte Heren, sondern eventuell auch das verossene Blut der durch sie regesführt in belasten wird. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Und hiermit habe ich auf diesem Gebiet mit den Herrn Antisemiten geendet. Die Früchte ihrer Lehren werde ich mit Aufmerksamkeit verfolgen, aber auch, soweit es mir nur möglich ist, dafür Sorge tragen, die Verbreitung dieser Lehren und die Vergiftung des Volkes zu verhindern. (Lebhafte Zustimmung.) Denn, meine Herren, das ist denn doch unzulässig, daß für das an einem sicheren Orte, wo Niemandem ein Leid zugesetzt werden kann, gesprochene Wort Andere leiden, während die Betreffenden selbst, die ihre Lehren in der Presse oder auf andre Art und Weise verbreiten, alle und unter keinen Umständen erreicht werden können. (Lebhafte Beifall.) Mir blutet das Herz, so oft ein Unschuldiger oder ein Regesführter leidet, wo es doch die Gerechtigkeit erfordert, daß nicht er, sondern Derjenige, der ihn regesfüht, büßen soll. (Stürmische Zustimmung rechts.)

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 23. Oktober. Die für gestern Abend von dem liberalen Wahlverein nach dem Bellevue-Theater heraufsteigende Wählerversammlung war sehr zahlreich besucht. Herr Dr. Amelung eröffnete dieselbe mit einem Hoch auf Se. Maj stützt den Kaiser und bemerkte sodann, daß der Kandidat für die Partei spreche, welche ihn wählen will, daß die Theilnahme zwar auch Gegnern gestattet sei, daß diese sich aber als Gäste betrachten müssen und als solche nur hören, aber nicht stören sollten. Dagegen sei Herr Brohmel gern bereit, jede Interpellation zu beantworten. — Hierauf erhält Herr M. Brohmel das Wort. Derselbe wies im Anfang seiner Rede darauf hin, welche Tragweite die Frage der Gewerbe-Gesetzgebung in den letzten Jahren genommen. Eigentlich habe diese Frage nie aufgezogen, die gesetzgebenden Faktoren zu beschäftigen, im Augenblick konzentrierte sich dieselbe dahin zusammen: ob Zwangs- oder ob freie Innungen. Der eine Faktor, der Reichstag, habe bereits Stellung für die Zwangsinnungen genommen, es hänge nur von dem anderen Faktor, dem Bundesrat, ab, ob die Zwangsinnungen Gesetzeskraft erhalten sollen oder nicht. Wenn Redner auch grundsätzlich auf dem Boden der wissenschaftlichen Freiheit stehe, so sei er doch den Anhängern der Zwangsinnungen kein so unerträglicher Gegner, daß er nicht anerkennen müsse, daß in der Bewegung ein gesunder Kern sei. Die Zwangsinnungen sollen zweitens herbeiführen. Erstens die Leistungsfähigkeit des Handwerkes gegenüber dem Fabrikbetrieb zu heben und zu fördern und zweitens mittels Gesetzgebung unbedeute Konkurrenz fern zu halten und denjenigen, welche in der Innung sind — alle Arten von Privilegien und Monopolen zu verschaffen. Die Anfänge der Zwangsinnungen seien im Mittelalter, es war dies gleichfalls die Blüthezeit des Hansemars und wir hätten keinen Grund, verächtlich auf diese Zeit zu blicken, obwohl die damaligen Verhältnisse unserer Zeit widersprechen. Die Zünfte des Mittelalters seien aber wohl zu unterscheiden von den Zünften der letzten Jahrhunderte; damals hätte allerdings Jeder, welcher ein Gewerbe ergriff, der Zunft beitreten müssen, aber es sei auch festgestellt gewesen, daß jeder Bürger des Staates das Gewerbe ergriffen konnte. Die Zünfte habe immer von jedem ihrer Mitglieder verlangt, daß er im Bilde eines Hansemars sei, den er anlegen könnte, wenn der Staat von Feinden bedroht und daß er außerdem einen Beitrag zur Begräbnisskasse zahle. In dem folgenden Jahrhunderte habe die Ordnung des Gewerbezens große Wandlungen erfahren und diese Jahrhunderte hätten alle diese Privilegien gebracht, welche die Innungen zum Sinn brachten. Die unerträglichen Abschließungen, die rücksichtslose Ausschließung jedes Konkurrenten, die Verhöhnung der Privilegien stamme aus dem Zwischenreich nach dem Mittelalter. In den Jahren 1810 und 1811 seien zuerst Verordnungen ergangen, welche das Gewerbe freigaben, in den folgenden Jahren wurden Gesetze erlassen, welche den Innungen feindlich gegenüberstanden, darin seien bei Neubegründung von Innungen solche Bedingungen aufgelegt gewesen, daß sich Niemand zu einer solchen Neubegründung entschlossen habe. Im Laufe des Jahrzehnts habe sich dann eine ähnliche Bewegung ereignet, wie heute; in den dreißiger Jahren sei ein Antrag genau wie der heutige Ackermann'sche eingebracht und dem damaligen preußischen Staatsrat zur Begutachtung vorgelegt worden, dieser habe ihn jedoch einstimmig abgelehnt. In den späteren Jahren habe die politische Reaktion

